

Sie fragen sich vielleicht, wie es sein kann, dass eine deutsche Behörde bei Monsanto abschreibt. Das BfR hat dafür eine überraschende Erklärung parat: Es sei "üblich und anerkannt", dass Behörden "Passagen aus eingereichten Dokumenten in ihre Bewertungsberichte integrieren" - natürlich nur "nach kritischer Prüfung". Komisch nur, dass die kopierten Passagen nicht so einfach über Quellenangaben oder sonstige Hinweise auf Monsanto zurückzuführen sind... Nochmal: Es geht um die Gesundheit der Verbraucherinnen und Verbraucher. Die staatlichen Wissenschaftler schreiben bei Monsanto ab - und meinen dann lapidar: Ist halt so! Für uns ist das unwissenschaftlich und inakzeptabel - und vor allem ist ein solches Vorgehen nicht dazu geeignet, Zweifel an den Bewertungen der Behörden zu zerstreuen.

Das BfR argumentiert, dass schließlich auch bei anderen Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel oder Chemikalien genauso verfahren worden sei. Soll uns das jetzt beruhigen? Nein, im Gegenteil! Es zeigt uns vielmehr, dass wir uns auf die Risikobewertungen von Behörden offenbar nicht einfach verlassen können, sondern ganz genau hinschauen müssen! Wir meinen: Industrieinteressen dürfen in den Zulassungsverfahren keine Rolle spielen, wenn es um unsere Gesundheit geht. Je stärker wir sind, desto besser können wir hinsehen - machen Sie uns stark und werden Sie jetzt Förderer/Förderin von foodwatch!

Es geht dabei um so viel mehr als Glyphosat! Bei Glyphosat steht JETZT eine Entscheidung an. Doch in dem Streit über die Zulassung oder Nicht-Zulassung dieses einen Pflanzenschutzmittel-Wirkstoffes steckt bedeutend mehr. Es geht um die Frage, welche Art von Landwirtschaft wir wollen. Und es geht darum, wie transparent Zulassungsverfahren in Zukunft stattfinden, wie stark der Gesundheitsschutz dabei gegenüber wirtschaftlichen Interessen berücksichtigt wird.

Wenn wir Verbraucherinnen und Verbraucher uns nicht zusammentun, wird uns niemand zuhören. Dann werden wir bei diesen Fragen nicht mitreden können. Bitte helfen Sie uns dabei, unser aller Verbraucherrechte zu stärken. Wir von foodwatch haben uns diesem Ziel verschrieben, aber wir werden nur erfolgreich sein, wenn möglichst viele einzelne Menschen hinter uns stehen.

Viele Entwicklungen zeigen uns, dass das - richtige und wichtige! - Vorsorgeprinzip in Gefahr ist. Wenn es zwar auf dem Papier steht, aber bei der Zulassung eines möglicherweise krebserregenden Wirkstoffs nicht berücksichtigt wird - dann ist das Papier nicht viel wert. Auch bei dem Handelsabkommen CETA zwischen der EU und Kanada ist das Vorsorgeprinzip nachweislich nicht ausreichend verankert - und bei TTIP sah es in den bekannten Entwürfen ganz ähnlich aus. Bei CETA sind wir auch deshalb vor das Bundesverfassungsgericht gezogen, ein Urteil steht noch aus. Das alles aber zeigt: Wenn wir nicht hinsehen, wird das Vorsorgeprinzip auf dem Altar von Konzerninteressen geopfert! Helfen Sie dabei, dass wir weiter wachsam sein und für das Vorsorgeprinzip kämpfen können, notfalls auch vor Gericht: